

Nachhaltige Entwicklung als Grundwert verändert die Berufsethik von Journalist:innen über den Klimajournalismus hinaus

Torsten Schäfer

Abstract

Dieser Beitrag skizziert den ethischen Bedarf für Klimajournalismus sowie allgemein für die journalistische Praxis. Explizit wird das Konzept der Nachhaltigkeit in mehreren Facetten vorgestellt und analysiert, um sie darauf aufbauend zunächst als Gestaltungsprinzip von Gesellschaften und dann als ethischen Grundwert zu bestimmen, der vergleichbar ist mit Grundwerten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Argumentation erfolgt anhand mehrerer Begründungssphären, von denen der rechtlichen Sphäre besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die Überlegungen werden immer wieder in Bezug zur journalistischen Praxis, aber auch zur Frage vitaler demokratischer Strukturen gesetzt. Letztlich wird hier eine direkte Verbindung gezogen, da demokratische Diskursstrukturen einen lokalen Journalismus im Kontext der Nachhaltigkeit erst ermöglichen. Dieser Lokaljournalismus wiederum bedingt, dass gesellschaftlich vor Ort die ökologische Selbstverständigung gelingen kann. Ohne das Fundament einer neuen Ethik, so das Argument, besteht die Gefahr, weiterhin Scheindebatten und Themengezanke auf den Leim zu gehen und Zeit für die Reformen von Journalismus und Demokratie vor Ort zu verlieren.

1. Einleitung

Nachhaltigkeit – es heißt oft, das Wort sei schwammig und wenig konkret. Und in der Tat, wenn man nachfragt, was Andere darunter verstehen, kommen die unterschiedlichsten Antworten. Diese finden wir etwa an der Hochschule Darmstadt bei Übungen mit Studierenden: Nachhaltigkeit, das heißt doch „Zukunftsfähigkeit“, „Gleichgewichtserhaltung“ oder „verantwortungsbewusstes Handeln.“ Andere verstehen darunter „Demut“, „Achtsamkeit“ oder gar „Enkeltauglichkeit“. Man kann angesichts dieser Vielzahl von Assoziationen verstehen, warum Skepsis gegenüber dem Begriff herrscht. Unter der Überschrift „Nachhaltigkeit“ findet zudem Greenwashing statt – vor allem im Rahmen des größten Nachhaltigkeitsdiskurses: dem der Wirtschaft, dem viele Medien folgen, ohne dabei die systemischen Probleme wie dauerhaftes Wirtschaftswachstum anzusprechen.

Betrachtet man die Begriffsgeschichte der Nachhaltigkeit, zeigt sich, dass in ihr eine vielfältige Begriffswelt steckt. Diese arbeitet das Standardwerk „Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs“ von

Ulrich Grober (2015) auf. Grober unterstreicht hier die Notwendigkeit der Schärfung und Deutung des Begriffs.¹ Ihn den öffentlich dominanten Auslegungen zu überlassen und diesen zu folgen – etwa einer rein ökonomischen Lesart, die vom Eindruck des „Greenwashing“ geprägt sein kann – gehört zu den Kardinalsfehlern einer vorschnellen Nachhaltigkeitsanalyse. Bislang kommt das ungemein dynamische Feld des Klimajournalismus fast ganz ohne Bezüge zur Nachhaltigkeit als Ethik- und/oder Gestaltungskonzept aus. Daraus resultiert, dass eine Ethik des Klimajournalismus in Praxisdebatte wie auch in Fachdiskursen bisher kaum entwickelt wurde.

2. Begriffsgrundlagen

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ stammt aus der deutschen Forstwirtschaft: 1713 machte sich der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz in Freiberg Gedanken darüber, wie es dauerhaft genügend Holz geben könne. Es war für den Bau von Silberminen nötig. Seine Idee: nicht mehr Bäume schlagen als nachwachsen können. Er sprach von „nachhaltender Nutzung“ (Aachener Stiftung 2015a). Der Begriff gelangte in forstwirtschaftliche Schriften und wurde ins Englische mit „sustainable“ übersetzt. Aus diesem Verständnis heraus entwickelte sich ein eigener Diskurs in der Forschung. Er begann mit dem Schlüsselwerk für eine „nachhaltige Entwicklung“, der Studie zu den „Grenzen des Wachstums“. Diese schrieb Dennis Meadows (1972) für den „Club of Rome“. Das Buch sorgte weltweit für Aufsehen und schaffte eine neue Öffentlichkeit für Umwelt- und Entwicklungsthemen.

Der Begriff Nachhaltigkeit prägte sich weltpolitisch 1987 ein: Da legte die frühere norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland für die Vereinten Nationen den nach ihr benannten Brundtland-Report vor. Darin steht eine Definition von Nachhaltigkeit, die heute für viele Politiker:innen und Wissenschaftler:innen immer noch stimmig ist. Demnach ist die Entwicklung nachhaltig, wenn sie die „Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Aachener Stiftung 2015b). Seit Mitte der 1990er-Jahre wird die Dimension der Nachhaltigkeit auch außerhalb

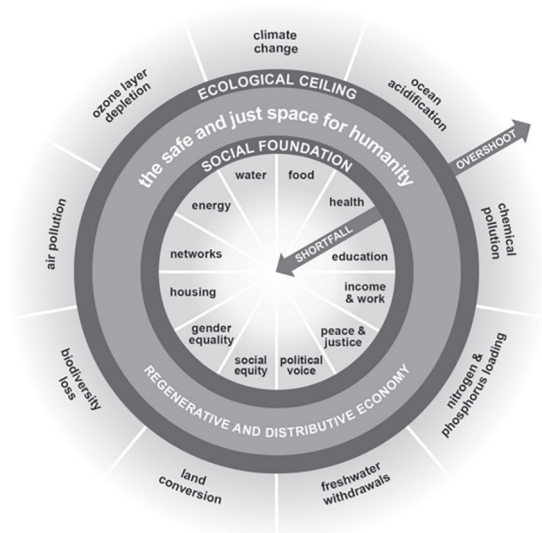
1 Dementsprechend darf es etwa auch nicht zu Streitigkeiten führen, ob nun von Nachhaltiger Entwicklung oder Nachhaltigkeit die Rede ist. Ein Unterschied besteht in der divergenten Zeitlichkeit, die Prozess und Status voneinander unterscheiden. Der Wesenskern ist der gleiche, um den es in der Begriffsarbeit gehen soll.

der Wissenschaft diskutiert. Die Politik und eine breite Gesellschaftsschicht entdeckten den Begriff zunehmend für sich. Der wichtigste Antrieb dafür war der Weltgipfel der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro. Er formulierte etwa die Agenda 21 als ein globales Leitbild für eine Nachhaltige Entwicklung.

In der Rückschau wird deutlich, dass das Konzept der Nachhaltigkeit mehrere Dimensionen hat – drei mindestens, sagen Vertreter:innen der klassischen Lesart. Sie favorisieren ein „Drei-Säulen-Modell“ (bekannt auch als „triple bottom line“) und setzen dabei **Ökologie**, **Ökonomie** und **Soziales** als Elemente gleich. Allen drei Bereichen muss eine nachhaltige Entwicklung gerecht werden. Der Fachdiskurs spricht hier auch von „**schwacher Nachhaltigkeit**“. Aus diesem Verständnis heraus entstehen die meisten wirtschaftlich geprägten Assoziationen zu dem Begriff. Von „**starker Nachhaltigkeit**“ sprechen Wissenschaftler:innen, die dieses Konzept kritisieren. Ihr Argument: Alle anderen Dimensionen hängen von intakten natürlichen Ressourcen ab (Voget et al. 2007). Es erscheint einleuchtend, dass Umweltbedingungen menschliches Wirtschaften begrenzen und daher „planetare Grenzen“ den Handlungsrahmen bilden (Rockström et al. 2009).

Eine Befürworterin der starken Nachhaltigkeit ist die Ökonomin Kate Raworth, die das Modell der Donut-Ökonomie entwickelt hat (Raworth 2018). Es rückt Menschen und ihr nachhaltiges Denken und Handeln statt wirtschaftliches Wachstum in den Fokus: Im Donut-Modell der Nachhaltigkeit gelingt das Leben in einem mittleren Ring – dem sicheren und gerechten Raum für den Menschen und die nachhaltige ökonomische Entwicklung. Darüber liegen die Belastbarkeitsgrenzen des Planeten mit verschiedenen Parametern wie Klimawandel, Artenverlust und Wasserkonsum. Ihr Überschreiten hat unmittelbar negativen Einfluss auf den inneren Kern des Donut: das Fundament der individuellen und kollektiven Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Einkommen oder Bildung.

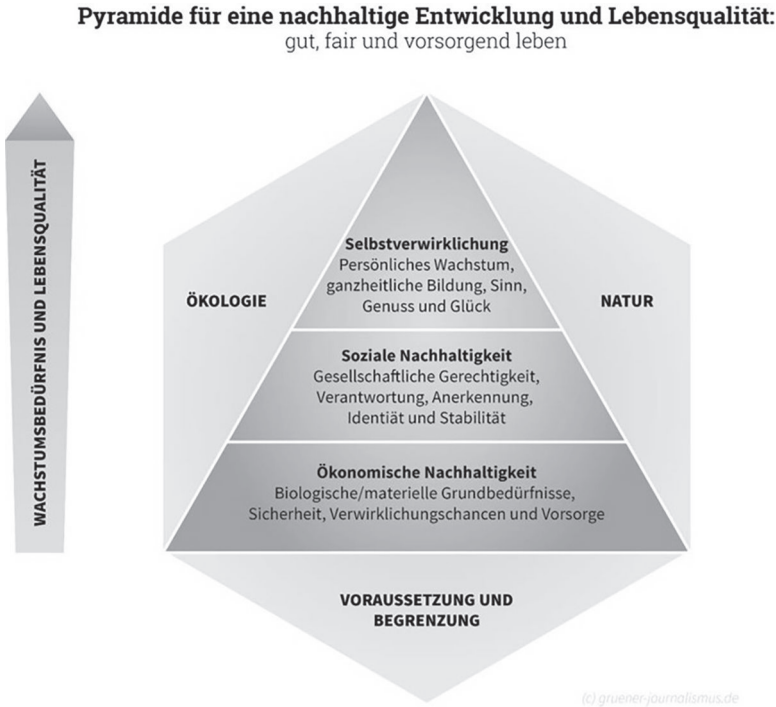
Abb. 1: Schema der Donut-Ökonomie



Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Donut-%C3%96konomie>. In Anlehnung an Raworth (2018).

Der Blick geht weiter: Wie kann Nachhaltigkeit zu einem Leitbild werden, an dem sich alle Sektoren, Systeme und Akteure orientieren? Thematisiert werden müssten dann auch Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen. Nicht umsonst ist die Rede von der „Großen Transformation“ (WBGU 2011) und damit letztlich von der Suche nach einem neuen Zivilisations- und Wirtschaftsmodell. Da das Vorurteil verbreitet ist, ein nachhaltiger Lebensstil ginge mit Entbehrungen einher, wird im hiesigen Begriffsverständnis „nachhaltige Entwicklung“ mit Lebensqualität verknüpft. Dieser Ansatz geht auf Arbeiten des Kommunikationswissenschaftlicher Peter Seeger (2012) zurück. Sie zeigen auf, wie aus dem Verzichtsdiskurs eine andere Erzählung wird: Zeitwohlstand, Gemeinschaft, Gesundheit, Partizipation, Mitbestimmung und eine insgesamt gelebte Demokratie, die ihre begrenzten Ressourcen ernst nimmt, sind grundlegende Bausteine. Verdeutlichen kann dies die Nachhaltigkeitspyramide, die in Anlehnung an die Bedürfnispyramide des US-amerikanischen Psychologen Abraham Maslow (Maslow 1981), die grüner-journalismus.de entwickelt wurde.

Abb. 2: Pyramide für eine nachhaltige Entwicklung



Quelle: <https://gruener-journalismus.de/schwerpunkte/nachhaltigkeit/>.

Basis einer nachhaltigen Entwicklung in den natürlichen Grenzen ist hier-nach die Erfüllung materieller Grundbedürfnisse für alle Menschen (ökonomische Nachhaltigkeit). Die nächste Stufe der sozialen Nachhaltigkeit ist stärker verknüpft mit Gerechtigkeitsvorstellungen. Dabei geht es letztlich um die Frage, ob Menschen gesellschaftlich und sozial verankert sind. Die Spitze der Pyramide bilden alle Ansätze von Selbstverwirklichung und persönlichem Wachstum.

3. (Klima-)Journalistische Fragen

Die Analyse des Klimadiskurses ist für ein Verständnis der Nachhaltigkeitsdebatte wichtig. So tritt nach vielen Jahren der umwelt- und klimajournalistischen Lehre wie Forschung eine Deklination hervor, in der jegliches

Klimahandeln (so auch Klimajournalismus) als unmittelbare Praxis der Nachhaltigkeit betrachten wird, die sich dazu als ethische Folie und Normensphäre verhält. Der Klimawandel ist das größte Feld innerhalb der Sphäre der nachhaltigen Entwicklung, da er selbst alle Lebensbereiche erfasst und damit zu einer systemischen Dimension wird, die sich additiv zu Einzelthemen verhält und daher auch nicht als Konkurrenz zu ihnen sondern als nötiger Kontext für sie zu verstehen ist. Viele Diskurse haben einen Klimahintergrund (Energiewende, Dämmung, Mobilitätskonzepte), ohne dass dieser immer benannt wird. Fehlt diese Benennung, wird das Einzelthema aus dem größeren Klimakontext herausgenommen, was das Verständnis im Publikum erschweren kann. Solche Dekontextualisierungen sind das größte Defizit im deutschen Umweltjournalismus (Rögner 2015). Verschwiegen werden soll hier aber nicht, dass nach wie vor – gemessen an den Ergebnissen der Klimaforschung und den bestehenden Herausforderungen – medial deutlich zu wenig berichtet wird (Tschötschel et al. 2022). Daran ändern auch Transformationen im journalistischen System noch nicht viel, die der sehr dynamische Klima- und Umweltjournalismus mit neuen Projekten, Akteuren und Programmen in den vergangenen zehn Jahren initiiert hat (Brüggemann/Frech/Schäfer 2022).

Ein Ethik-Diskurs, der diese Dynamik flankiert, ist in der Journalistik wenig zu finden. Der norwegische Journalismusforscher Roy Krøvel (2015) konstatiert gar, dass mit den gegenwärtigen Perspektiven der Journalismusforschung die ökologische Frage nicht zu fassen sei. Die ethischen Schritte sind aber zu gehen, um den begonnenen strukturellen Veränderungen im (Klima-)Journalismus ein durchdachtes Rollenverständnis hinzuzufügen. Denn erst dann lassen sich Transformationsschritte in Redaktionen und Mediensystem fundamental begründen und sie so den volatilen Zyklen entziehen, denen Aufmerksamkeit, Geldmittel, Personal und politischer Zeitgeist unterliegen. Der Grundwert der Nachhaltigkeit baut sich weit über diesen Launen und Großwetterlagen auf, in denen „Entscheider:innen“ getrieben und kurzatmig agieren. Der Grundwert kreiert eine ethische Arbeitssphäre, ein „Haus der Werte“, in dem sich Journalist:innen persönlich und Redaktionen strukturell einrichten müssen – bei aller Bewegungsfreiheit darin. Vorüber ist die Zeit, in der Nachhaltigkeit (ethischer Raum) und Klimahandeln (dazugehörige Praxis) Themen sind, zu denen man sich verhalten oder eine Meinung haben muss.

Dieses Bild ist grundfalsch und weithin unterkomplex. Es wird der informativen Struktur und dem ethischen Gehalt von Nachhaltigkeit und Klimahandeln nicht gerecht. Denn beide sind heute der Rahmen, der

Medienthemen umschließt, beeinflusst und kontextualisiert – so, wie die freiheitlich-demokratische Grundordnung Basis für jeden kommunikativen öffentlichen Akt in der Demokratie sein sollte – eine Basis, von der aus Journalist:innen unbewusst ihren Beruf täglich aufziehen, weil sie die darin vorhandenen Werte privat und beruflich erlernt haben und Medien in der Demokratie erst und nur in diesem Werterahmen existieren können. In diesem Lernprozess hin zur Nachhaltigkeit als neuer Grundwertesphäre stecken die Gesellschaft und ihre Berufe jetzt, so der Journalismus (Brügge-mann/Frech/Schäfer 2022). Soziokultureller Wertewandel dauert mitunter Jahrzehnte, doch die Anzeichen und Belege dafür sind mehr als sichtbar. Sie erlauben es mittlerweile, ein schlüssiges Bild zu zeichnen, was dieser Beitrag hier versucht.

Im Kern geht es um neue Freiräume und eine Zukunftsdynamik für das Mediensystem, das über neue Mittel und Organisationsformen dafür nachdenken muss. Wenn es keine Frage mehr ist, ob sich Journalist:innen für Klima oder Nachhaltigkeit einsetzen dürfen oder sollen, ist Freiraum für weitere Reformschritte entstanden – bis hin zu einer grundlegenden neuen Finanzierung lokaler und regionaler Medien. Deren Vielfalt und Zustand wird darüber entscheiden, wie wir vor Ort als Gesellschaft Klimafolgen verstehen, mit Anpassungen eindämmen und durch Schutz vorbeugen können. Hierzu könnten ganz neue Wege der öffentlichen Medienförderung wie etwa eine Pressefinanzierung nach skandinavischem Vorbild sinnvoll sein (Schäfer 2019).

Es geht bei der Nachhaltigkeit in keiner Weise nur um ein wichtiges Thema, das gestärkt werden muss. Es geht um die Annahme der größten systemischen Herausforderung unserer Zeit – und darum, aus dieser Aufgabe Chancen und Potenziale abzuleiten, so sehr sie auch als Bedrohung und Notstand zunächst betrachtet werden. Wenn wir etwa durch den Befund, dass ein anderer lokaler Klimajournalismus nötig wäre, gleichzeitig erkennen, welch großer Fehler die Pressekonzentration der 1990er Jahre in Ostdeutschland im Hinblick auf das Erstarken rechtsradikaler Parteien war, dann entstehen fruchtbare neue Zusammenhänge. Und somit Chancen, die Transformation mit Wille, Einsicht und Lust anzugehen – bis hin zu Ideen, Verbraucherzentralen, Bibliotheken und die so stark geschrumpften Lokalmedien zu neuen öffentlichen Einheiten zu verbinden, die gleichzeitig Klima- und Umweltprobleme vor Ort wie auch die lokale Demokratie wieder ganz anders beobachten und bearbeiten können (Schäfer 2022). So wie dies aktuell geschieht, gelangen diese beiden essentiellen Aufgaben gesellschaftlicher Selbstverständigung an ihre Grenzen. Sie bedingen sich

aber ganz direkt: Nur, wo lebendige demokratische Strukturen noch durch Parteien, Medien und Akteur:innen der Zivilgesellschaft noch existieren, können Diskurs, Verständnis und Handeln im Hinblick auf Klima-Not, Artentod und Nachhaltigkeit entstehen. Wenn es kein Gefäß mehr für diese Inhalte gibt, keine diskursive Infrastruktur, entstehen kulturelle Ödnis und sozial-ökologischer Rückschritt.

4. Begründungsdimensionen des Grundwertes

Um Nachhaltigkeit als Grundwert führen zu können, bedarf es einer Beweiskette. Die Arbeiten von Raworth (2018) und Seeger (2012) reklamieren bereits eine universelle Gültigkeit der Nachhaltigkeit. Somit sind sie selbst Indizien, die für die Argumentation der Grundwertigkeit hilfreich sind. Expliziter beschäftigt damit hat sich der Bremer Politologe Lothar Probst (2013). „Nachhaltigkeit hat sich seit den 1970er Jahren nach und nach über den ökologischen Diskurs als mehrdimensionale regulative Leitidee in der Bundesrepublik und in der internationalen Arena etablieren können.“

Probst weist darauf hin, dass „nicht jede regulative Leitidee“ zu einem politischen Grundwert wird.

„Erst die verfassungsrechtliche Normierung und Aufwertung einer Leitidee kann als ein Zeichen dafür gewertet werden, dass sie als politischer Grundwert anerkannt und akzeptiert ist. [...] Eine regulative Leitidee, zumal wenn sie in den Katalog politischer Grundwerte aufgenommen wird, muss sich als Wertorientierung auch in den alltäglichen Praxen und Verhaltensweisen, also in der politischen Kultur einer Gesellschaft bewähren, bevor man ihr eine gewisse Wirkmächtigkeit zusprechen kann.“ (Probst 2013)

Aus diesen Überlegungen wird deutlich, welche Vorbedingungen ein Grundwert aus Sicht der Politikwissenschaft erfüllen muss, die für den Autor ebenfalls Leitdisziplin ist. Neben einer rechtlichen Dimension treten Lebensstile und Alltag ebenso wie die politische Kultur und die öffentliche Debatte hervor.

Historisch und diskursiv gibt es eine starke Dimension: Nachhaltigkeit ist seit 1713 ein Debattenfeld, zuerst wissenschaftlich und seit Mitte der 1980er Jahre immer stärker auch politisch und gesellschaftlich. Sie wird zunehmend diskutiert und bringt überdies neue Lebensstile und Milieus hervor, für die etwa die LOHAS stehen (Aachener Stiftung 2015c). Nach-

haltiger Konsum und umweltorientierte Lebenseinstellungen sind wichtige alltagskulturelle Motive ganzer sozialer Milieus geworden. Nicht nur dort bestimmen Verhaltensmuster wie Energiesparen, der Einsatz erneuerbarer Energien, vegane und vegetarische Ernährungsweisen, der Kauf von Bio-Produkten und nachhaltiger Mode und sowie Radfahren oder E-Mobilität inzwischen den Alltag. Im Kontext der Lebensstile tritt die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit hervor: Milliarden schwere globale Märkte (u.a. Emissionshandel, Erneuerbare Energien, E-Mobilität, „grüne“ Verpackungsindustrie) sind in ihrem Kontext in den vergangenen Jahrzehnten national wie global entstanden. Die Verbreitung von Umwelttechnologien wird fast in jeder Branche, vom Hausbau bis zur Stahlproduktion, zum Synonym für die Zukunft der Gesellschaft insgesamt.

Seit dem Erdgipfel von Rio 1992 sind unzählige nationale, europaweite und globale politische Programme und Reformen entstanden, die als Hintergrund den Schutz der Umwelt und die Gerechtigkeit der Generationen haben (politische Begründungsdimension). Bisher reichen sie nicht aus, um etwa die Klima-Not und das Artensterben ausreichend einzudämmen. Dennoch ist ihr weltweiter Anstieg, der auch immer den Aufbau neuer administrativer Strukturen bedeutete (Jänicke/Weidner 1997), ein Indikator für die umfassende Bedeutung von Nachhaltiger Entwicklung als einem Wert, der implizit der politischen Welt vielfach zu Grunde liegt. Es sei hier daran erinnert, wie machtvoll nachhaltiges Gedankengut auch in der Religion neuerdings Erwähnung findet, so in der historischen Enzyklika „Laudato Si“ (DBK 2015) von Papst Franziskus.

4.1 Rechtliche Überlegungen

Explizit in Gestalt rechtlich verankerter Vertragsgüter existiert Nachhaltigkeit nur rudimentär. Hier ist jedoch ein Prozess zu beobachten, der es schlussendlich erlaubt, von nachhaltiger Entwicklung als einem Grundwert im deutschen und europäischen Kontext zu sprechen. Entsprechend konstatiert Lothar Probst (2013), dass „Nachhaltigkeit nicht mehr allein die Agenda internationaler Umweltkonferenzen bestimmt, sondern als politischer Grundwert auch die Verfassungsebene erreicht hat.“

Juristen wie Lothar Michael sprechen vor dem Hintergrund der zahlreichen Bezüge zu Umwelt und Nachhaltigkeit im Vertragswerk der EU von „europäischer Umweltöffentlichkeit“ (Michael 2004). Insgesamt kommen die Grundlagenverträge vieler Staaten sowie internationaler Organisatio-

nen, von UN über Weltbank bis hin zu Handelsrunden, nicht mehr ohne Bezüge zur Nachhaltigkeit aus. Hintergrund für diesen Effekt sind u.a. globale Lernketten, mit denen „grünes Gedankengut“ von Einzelstaaten wie etwa BRD, Niederlande oder Skandinavien (Jänicke/Kunig/Stitzel 2003) sowie durch die EU mit ihrem wenig bekannten „Brüssel-Effekt“ (Bradford 2020) in viele Länder exportiert wurden. Dazu kommen eigenständige Nachhaltigkeitsdiskurse („buen vivir“) wie etwa in Südamerika, wo – angelehnt an indigenes Denken – in Ländern wie Ecuador „Mutter Natur“ als einklagbares Rechtsgut gleich zu Beginn der Verfassung auftaucht (Kersten 2020).

Auch die Bewegung für die Rechte der Natur und vor Gericht durch Menschen vertretene Landschaften und Tiere zeigen, dass sich die rechtliche Systematik beginnt, zu verändern. Der Münchener Verfassungsrechtler Jens Kersten betont, dass klagende Landschaften zur Zukunft des Rechtssystems werden und explizit verankerte ökologische Rechtsgüter eine unabdingbare Stütze der Großen Transformation sein müssten. Entlang dieses Gedankens hat er ein ökologisches Grundgesetz entworfen (Kersten 2022). Im Grundgesetz hat Nachhaltigkeit bisher keinen Verfassungsrang, was 2006 eine fraktionsübergreifende Gruppe Abgeordneter mit einem Antrag erfolglos zu ändern versuchte. Bisher ist in Deutschland Umweltschutz seit 2002 ein allgemeines Staatsschutzziel im Grundgesetz (Artikel 20a). Hier wird die Verantwortung für die künftigen Generationen zwar erwähnt, aber Nachhaltigkeit nicht explizit als Ziel formuliert. Dieser Schritt steht noch aus. In der Verfassung der Schweiz ist er bereits vollzogen (Probst 2013).

Eine veränderte Begründungslage ergibt sich 2021 mit dem historischen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Klimaschutzgesetz der Bundesregierung. Spätestens hiermit hebt das Gericht die Klimafrage wie auch die Generationengerechtigkeit als Kern der Nachhaltigkeit auf eine neue verfassungsrechtliche Stufe. Diese beschäftigt auch den Journalismus. Auf einer Konferenz der Schader-Stiftung forderte taz-Chefredakteurin Barbara Junge Nachhaltigkeit als Grundwert ein: „Warum steht im Medienstaatsvertrag als Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen die Förderung der internationalen Verständigung, der europäischen Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts festgeschrieben, nicht aber die vom Bundesverfassungsgericht angemahnte nachhaltige Generationengerechtigkeit?“ (Krüger 2022).

Medien wie der britische *Guardian* haben sich bereits 2015 zu Klimaschutz als Auftrag ihres gesamten Wirkens verpflichtet. Zahlreiche andere Medienhäuser und Titel sind diesem Kurs gefolgt, so etwa das deutsche Magazin *GEO*, das eine grüne Produktion verfolgt. Ausdruck einer um-

fassenden Nachhaltigkeitsorientierung sind ebenfalls Leitlinien für Klimajournalismus, den sich etwa *Guardian*, *Observer*, *AP*, *BBC* oder auch die deutsche *taz* gegeben haben (Brüggemann/Frech/Schäfer 2022). Heiko Hilker, MDR-Rundfunkrat, formuliert die neue Zielsetzung: „Die Medien sind eine Säule der bundesdeutschen Demokratie. Ihre Berichterstattung muss Grundrechte sichern und schützen. Wenn das Agieren von Exekutive, Legislative und Judikative dem Erreichen der Klimaschutzziele entsprechen müssen, dann gilt dieser Anspruch auch für die Berichterstattung der Medien“ (Krüger 2022).

Zumindest Teile des Journalismus haben begonnen, ihre Positionen zu verändern und diese explizit zu formulieren. Die dynamische Entwicklung des Umwelt- und Klimajournalismus v.a. seit dem Aufkommen von *Fridays for Future* ist mit ihrer vielgliedrigen Wirkung auf die Strukturen des Journalismus selbst Indiz für die partielle Veränderung journalistischer Ethik und Rollenbilder. Nur wie lange hält diese Entwicklung noch an in Zeiten, in denen Nachhaltigkeit und Klimaschutz wieder weniger beachtet werden gegenüber Kriegen (Ukraine, Gaza), neuen Technologien (sogenannte KI) und dem starken Aufkommen rechtsradikaler Parteien? Die diskursive Infrastruktur muss erhalten bleiben, wenn sich der Nachhaltigkeitsgedanke in den Grundfesten des Journalismus sowie des Rechtssystems allgemein etablieren soll. Insofern gehen die Rettung des demokratischen Gemeinwesens und seiner Diskursräume mit der Rettung der Erde und des Klimas Hand in Hand.

Fazit und Ausblick

Nachhaltigkeit hat tiefen Eingang in regionale, nationale und globale Rechtsregime, Politikprogramme, Diskurse, Lebensstile sowie in Märkte und Unternehmen gefunden. Sie ist damit kein einzelnes Thema sondern eine Dimension, die alle Lebensbereiche erfasst. Ethisch betrachtet wird sie zu einem gesellschaftlichen Grundwert, dem Journalist:innen innerhalb der Forderungen ihrer Berufsethik nach Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Offenheit verpflichtet sind. Es gibt somit keine Zielkonflikte zwischen Nachhaltigkeit als journalistischen Auftrag und einer journalistisch professionellen Berichterstattung. Die Wertedimension der Nachhaltigkeit ist lange gewachsen und heute vergleichbar mit der Wertedimension der freiheitlich-demokratischen Grundordnung – sie ist universell begründbar, weil sie rechtlich wirksam, kulturell erprobt, wirtschaftlich verankert und politisch

weithin handlungsleitend ist. Auch deshalb erscheint die Frage, ob sich Medien für Nachhaltigkeit oder Klimaschutz einsetzen dürfen, nicht nur verhaftet in einem altmodischen Denken. Sie übersieht auch, dass sich Teile der jungen journalistischen Generation diese Frage nicht mehr stellen und ein neues Rollenbild vertreten, wie es auch in der Charta des Netzwerkes Klimajournalismus deutlich wird (Netzwerk Klimajournalismus 2022).

Diese neue Generation traut sich auch, die hyperindividualistischen Illusion des Neoliberalismus infrage zu stellen. Denn erst diese Meta-Erzählung hat kollektive Bande aufgelöst und Nachhaltigkeit im Diskurs auf wenige Dimensionen reduziert. Vor allem ökonomische und technologische Narrative dominieren die Erzählungen im Kontext der Nachhaltigkeit (Schäfer 2020). Auch deswegen schwindet der Planet und leidet das Klima. Ein wirksamer Nachhaltigkeitsdiskurs kann jedoch ohne Botschaften für ein neues Miteinander und eine unmittelbare Naturanbindung samt konkreter Verortung nicht stattfinden (Schäfer 2022).

Auf diesen Bedarf weisen Vordenker wie der Soziologe Bruno Latour mit seinem „terrestrischen Manifest“ hin, das die neue Bedeutung des Raumes betont und die Wiederverortung der Klimadebatte vorantreibt (Latour 2020). Denn sie wurde lange vor allem global und damit über die Köpfe der Menschen hinweg geführt und blieb als Erzählung größtenteils leblos, technokratisch, kalt und sperrig. Daraus hervor geht die Suche nach ganzheitlichen Narrativen und Kommunikationsformen, die reale Natur vor Ort mit allen Sinnen erlebbar machen. Psychologische, soziale, kulturelle und ästhetische Klima-Narrative sind hier von großer Bedeutung (vgl. Schäfer 2020).

Mit dem Aufkommen der sogenannten Künstliche Intelligenz und der damit einhergehenden Aufwertung virtueller und imaginierter Weltbezüge geschieht – bei allen praktischen Vorteilen – erneut eine Entortung von der realen Welt. Möglicherweise entsteht hier eine Problemstellung für eine sinnliche und wirksame Kommunikation vor und über (den) wirklichen Ort, der noch kaum diskutiert ist. Anknüpfungspunkte für diese Debatte liefert etwa die Kommunikationsökologie aus den 1990er und 2000er Jahren mit ihrer konstruktiven Technikkritik (Schicha 2000).

Der Bedarf nach einer ökologischen Ethik für den Journalismus, die auch für andere Verantwortungsberufe gelten kann, ist eminent. Es braucht einen sicheren Begründungsboden, auf dem berufliche neue Schritte gegangen, ohne sich rechtfertigen zu müssen. Und es braucht eine ethische Folie, durch die das heller aufscheint, was bereits begonnen hat: die umfassende Transformation der Gesellschaft auf allen Ebenen, damit auch

ihrer Berufe. Dennoch haben die meisten Fachdiskurse der Journalismusforschung und der Kommunikationswissenschaften damit bis auf wenige Ausnahmen (Kannengießer 2020) nichts zu tun.

Noch immer noch sind es Nischenräume und wenn, dann versuchen immer noch erstaunlich viele, in der alten Debatte um Unparteilichkeit und Objektivität des Journalismus Sicherheit zu finden. Doch wäre es nicht seltsam als Journalist ein grundlegendes Bekenntnis zur Demokratie zu verweigern und im Zweifel nicht das Versprechen abzugeben, sie bei Bedrohung zu schützen? Die Gesellschaft erwartet das sogar von dieser Zunft. Und so entsteht nun auch die Erwartung, dass solch ein Bekenntnis hin zur Nachhaltigkeit, als Grundwert für ein erdgerechtes Handeln, ganz natürlich von Journalisten erfolgen darf. Es gibt genug Gründe und Notwendigkeiten dafür, diesen wunderbaren Beruf mit einer zeitgemäßen Ethik neu zu fundieren.

Literatur

- Aachener Stiftung (2015a): *Hans Carl von Carlowitz, 1713. Lexikon der Nachhaltigkeit*. Online verfügbar unter: https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/hans_carl_von_carlowitz_1713_1393.htm (Abfrage am: 04.09.2024).
- Aachener Stiftung (2015b): *Brundtland Bericht, 1987. Lexikon der Nachhaltigkeit*. Online verfügbar unter: https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland_report_563.htm (Abfrage am: 04.09.2024).
- Aachener Stiftung (2015c): *LOHAS. Lexikon der Nachhaltigkeit*. Online verfügbar unter: https://www.nachhaltigkeit.info/suche/a-z/l/lohas_929.htm (Abfrage am: 04.09.2024).
- Bradford, Anu (2020): *The Brussels Effect: How the European Union Rules the World*. Oxford: Oxford University Press.
- Brüggemann, Michael/Frech, Jannis/Schäfer, Torsten (2022): *Transformative Journalism: How the ecological crisis is transforming journalism*. In: Anders Hansen (Hg.): *The Routledge Handbook of Environment and Communication*. New York: Routledge.
- DKB – Deutsche Bischofskonferenz (2015): *Enzyklika „Laudato si“: Von Papst Franziskus über die Sorge für das gemeinsame Haus*. Online verfügbar unter: https://www.dkb.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2015/2015-06-18-Enzyklika-Laudato-si-DE.pdf (Abfrage am: 04.09.2024).
- Grober, Ulrich (2013): *Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs*. München: Antje Kunstmann Verlag.
- Jänicke, Martin/Weidner, Helmut (Hg.) (1997): *National Environmental Policies. A Comparative Study of Capacity-Building*. Berlin: Springer.

- Jänicke, Martin/Kunig, Philip/Stitzel, Michael (2003): *Umweltpolitik. Lern- und Arbeitsbuch*. Bonn: Dietz.
- Kersten, Jens (2020): *Natur als Rechtssubjekt. Für eine ökologische Revolution des Rechts*. In: APuZ 11/2020. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/305893/natur-als-rechtssubjekt/>.
- Kersten, Jens (2022): *Das ökologische Grundgesetz*. München: C.H.Beck.
- Kannengießner, Siegrid (2020): *Nachhaltigkeit und das „gute Leben“: Zur Verantwortung der Kommunikations- und Medienwissenschaft in digitalen Gesellschaften*. In: Publizistik 65 (1), S. 7-20. Online verfügbar unter doi: 10.1007/s11616-019-00536-9.
- Krøvel, Roy (2015): *Where Did Nature Go? Is the Ecological Crisis Perceptible within the Current Theoretical Frameworks of Journalism Research?* In: Maxwell, Richard/Raundalen, Jon/Lager Vestberg, Nina (Hg.): *Media and the Ecological Crisis*, S. 121-138. London: Routledge.
- Krüger, Uwe (2022): *Ohne „Moralkeule“ sachlich berichten*. Online verfügbar unter: <https://mmm.verdi.de/beruf/ohne-moralkeule-sachlich-berichten-82197> (Abfrage am: 04.09.2024).
- Latour, Bruno (2020): *Das terrestrische Manifest*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Maslow, Abraham (1981): *Motivation und Persönlichkeit*. Reinbek: Rowohlt.
- Meadows, Dennis/Meadows, Donella/Zahn, Erich/Milling, Peter (1972): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Michael, Lothar (2004): *Gibt es eine europäische Umweltöffentlichkeit?* In: Blankenagel Alexander/Pernice, Ingolf/Schulze-Fielitz, Helmuth (Hg.): *Verfassung im Diskurs der Welt. Liber Amicorum für Peter Häberle zum siebzigsten Geburtstag*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 435-455.
- Netzwerk Klimajournalismus (2022): *Charta*. Online verfügbar unter: <https://klimajournalismus.de/de/charta> (Abfrage am: 04.09.2024).
- Odell, Jenny (2021): *Nichts tun: Die Kunst, sich der Aufmerksamkeitsökonomie zu entziehen*. München: C.H.Beck.
- Probst, Lothar (2013): *Nachhaltigkeit als politischer Wert*. In: APuZ 34-36/2013. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/166663/nachhaltigkeit-als-politischer-wert/#footnote-target-7>.
- Raworth, Kate (2018): *Die Donut-Ökonomie: Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört*. München: Hanser.
- Rockström, Johann et al. (2009): *Planetary boundaries: exploring the safe operating space for humanity*. In: *Ecology and Society* 14 (2), Art. 32. Online verfügbar unter: <http://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/> (Abfrage am: 04.09.2024).
- Rögener, Wiebke (2015): *Umweltjournalismus: Einbettung in den Kontext fehlt. Europäisches Journalismus-Observatorium (EJO)*. Online verfügbar unter: <https://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/umweltjournalismus-einbettung-den-kontext-fehlt> (Abfrage am: 04.09.2024).

- Schäfer, Torsten (2019): *Zeitungsterben: Lösungsansätze aus Skandinavien. Auch in Ländern wie Schweden ist die Pressevielfalt in Gefahr*. Online verfügbar unter: <https://www.fachjournalist.de/zeitungsterben-loesungsansaeetze-aus-skandinavien/> (Abfrage am: 04.09.2024).
- Schäfer, Torsten (2020): *Journalismus*. In: Zemanek, Evi/Kluwick, Ursula (Hg.): *Nachhaltigkeit – interdisziplinär. Konzepte, Diskurse, Praktiken. Ein Kompendium*. Köln/Wien: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 337-350.
- Schäfer, Torsten (2022): *Transformation und Wiederverortung in der Zwillingsskrise. Artensterben und Klimanotstand fordern vom Journalismus und von dessen Theorie ein, sich Ort, Landschaft und Natur mit neuen Ethikkonzepten, Rollenbildern und Sprachgewohnheiten zu öffnen*. In: Mann, Michael E. et al. (Hg.): *Medien in der Klimakrise*. München: oekom, S. 247-259.
- Schicha, Christian (2000): *Kommunikationsökologische Kriterien einer Medienethik – Zur Wahrnehmung politischer Berichterstattung aus „zweiter Hand“*. *Communicatio Socialis* 33 (1), S. 43-66.
- Seeger, Peter (2012): *Qualitätsjournalismus am Beispiel des Zukunftsthemas „Nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität“ – Ein Werkstattbericht*. Online verfügbar unter: <https://oj.medien-campus.h-da.de/wp-content/uploads/sites/34/2016/05/Seeger-Nachhaltige-Entwicklung.pdf> (Abfrage am: 04.09.2024).
- Tschötschel, Robin/Schumann, Norman/Roloff, Rahel/Brüggemann, Michael (2022): *Der Klimawandel im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Inhaltsanalyse der „Tagesschau“ und des Gesamtprogramms von Das Erste, ZDF und WDR 2007 bis 2022*. In: *Media Perspektiven* 12/2022, S. 574-581. Online verfügbar unter: https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2022/2212_Tschoetschel_Schumann_Roloff_Brueggemann_.pdf (Abfrage am: 04.09.2024).
- Voget, Lieske/Ott, Konrad/von Egan-Krieger, Tanja (2007): *Der Schutz des Naturerbes als Postulat der Zukunftsverantwortung*. In: *APuZ* 24/2007. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30431/der-schutz-des-naturerbes-als-postulat-der-zukunftsverantwortung/> (Abfrage am: 04.09.2024).
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hg.) (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WBGU.

